Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3816**

16. Wahlperiode 13. 12. 2006

Antrag

der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Dr. Rainer Stinner, Birgit Homburger, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZNO)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Grundbedingung für den Erfolg aller Bemühungen um Frieden, Sicherheit und Entwicklung im Nahen Osten ist ein tragfähiger, breit angelegter politischer Prozess. Selbst hoffnungsvolle Ansätze wie die Konferenz von Madrid im Jahre 1991, das Oslo-Abkommen von 1993, die Camp-David-Verhandlungen des Jahres 2000 oder die seit 2002 vorliegende Road Map führten bislang zu keinem entscheidenden Durchbruch bei den Bemühungen um eine nachhaltige Friedenslösung – eine Lösung, die dem jüdischen Staat Israel ein Leben in Frieden und Sicherheit und den Palästinensern einen eigenen, lebensfähigen Staat garantiert. Stattdessen wird das tägliche Leben in der Region seit Jahren von Gewalt und Gegengewalt, Angst, Terror und unwürdigen Lebensverhältnissen bestimmt. Die internationale Gemeinschaft hat in den vergangenen Jahren nicht mehr erreicht, als das Hochziehen von „Brandmauern“, die eine Ausweitung des palästinensisch-israelischen Konfliktes zu einem großen Regionalkonflikt verhindern sollen. Wie akut diese Gefahr ist, haben nicht zuletzt die Ereignisse dieses Sommers im Libanon gezeigt. Erneut hat sich die internationale Staatengemeinschaft, dieses Mal mit Hilfe eines neuen Mandates für die UNIFIL-Mission, ein wenig Zeit für neue politische Initiativen verschafft. Diese Zeit gilt es nun sinnvoll zu nutzen.

Der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert hat am 27. November 2006 in einer mutigen Rede Israels Bereitschaft zu einer politischen Friedenslösung mit den Palästinensern unterstrichen, die einen „unabhängigen und entwicklungsfähigen palästinensischen Staate mit einem zusammenhängenden Territorium in Judäa und Samaria […] mit voller Souveränität und festgelegten Grenzen" beinhaltet. Gleichzeitig hat er sich zu den Prinzipien des Nahost-Quartetts und den Zielen der Road Map bekannt. Das ist ein ermutigendes Zeichen, das auf ein Zeitfenster für eine neue Friedensinitiative im Nahen Osten hindeutet.

Die letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass das vorgesehene internationale Monitoring zur Umsetzung der Road Map durch das Nahost-Quartett alleine nicht ausreicht. Es gilt, die Road Map in eine umfassendere regionale Friedensinitiative einzugliedern, an der auch andere Staaten in der Region, darunter Syrien, der Libanon, Jordanien und Ägypten, direkt beteiligt werden. Detaillierte und zum Teil in Verhandlungen bereits diskutierte Lösungsansätze für die verschiedenen bilateralen Dimensionen des arabisch-israelischen Konfliktes gilt es zu bündeln und stufenweise in einem alle Beteiligten einschließenden Prozess zu implementieren. Zu viele Interessen im Nahen Osten sind direkt oder indirekt mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt verbunden, als dass dieser isoliert betrachtet oder gelöst werden könnte. Das Konzept, jeden Teilkonflikt isoliert zu betrachten und nacheinander abzuarbeiten, hat sich als untauglich erwiesen. Deshalb kann eine Lösung des israelisch-palästinensischen Kernkonfliktes nur Teil eines regionalen Lösungsansatzes sein. Das schließt die Ziele der Road Map für den israelisch-palästinensischen Konflikt, Verhandlungen über die Golan-Höhen und die Shebaa-Farmen sowie Grenzfestlegungen mit dem Ziel des Abschlusses von Friedensverträgen, die demokratische Stabilisierung des Libanon und die Bekämpfung des Terrorismus mit ein.

Vorbild für einen solchen Prozess ist das Modell der KSZE. Der KSZE/OSZE-Prozess hat einen ganz zentralen Beitrag zur Überwindung des Ost-West-Konfliktes und damit zur Wiederherstellung der deutschen Einheit und zur europäischen Integration geleistet. Die Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris und die Europäischen Sicherheitscharta haben Grundlagen für das Zusammenleben von Staaten und Völkern in Europa geschaffen, die sich über Jahrzehnte feindlich gegenüberstanden. Auch der Nahe Osten braucht dringend einen derartigen, von der internationalen Staatengemeinschaft unterstützten Prozess der regionalen Vertrauensbildung, auf dessen Grundlage eine Sicherheitsarchitektur entworfen werden kann, die das friedliche Zusammenleben von Arabern und Israelis in der Region sicherstellt. Als Land, dessen Geschichte in besonderer Weise vom KSZE/OSZE-Prozess geprägt wurde, sollte Deutschland sowohl im Rahmen der Europäischen Union als auch im Rahmen der Vereinten Nationen hierfür eine Initiative ergreifen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– ausgehend von dem Erfolgsmodell KSZE/OSZE, mit dem die Spaltung Europas überwunden werden konnte, eine Initiative für eine Internationale Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZNO) zu ergreifen, an deren Ende eine belastbare Friedensregelung für die gesamte Region stehen sollte;
– die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dafür zu nutzen, die europäischen Partner für eine solche Initiative zu gewinnen und diese auf dem EU-Frühjahrsgipfel zu beschließen;

- sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft als Vertreter der EU innerhalb des Nahost-Quartetts dafür einzusetzen, die Road Map in eine regionale Friedensinitiative nach dem Vorbild der KSZE/OSZE einzubinden, und gemeinsam mit den Partnern des Nahost-Quartetts eine entsprechende Empfehlung des VN-Sicherheitsrates zu erwirken;
- bi- und multilateral bei allen beteiligten Staaten in der Region in direkten Gesprächen für einen regionalen Friedensansatz nach dem Vorbild der KSZE/OSZE zu werben.

Berlin, den 12. Dezember 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333